

Uklad ist überall – aber wir von der PiS haben den Mut, auch in den eigenen Reihen für Ordnung zu sorgen.“

„Uklad“ bedeutet im Polnischen nicht mehr als „Vertrag“ oder „System“, doch die Kaczyńskis haben das Wort zum zentralen politischen Kampfbegriff gemacht. In ihrer Lesart steht es für die dunklen Mächte, die an Polens Problemen schuld sind, es meint ein Hinterzimmer-Bündnis aus Politik, Medien und Business.

Vor zwei Jahren ging es vor allem um linke Seilschaften und postkommunistische Kader. „Doch jetzt, im Zuge der jüngsten Affäre, haben die Kaczyńskis den Begriff angepasst“, sagt der Soziologe Andrzej Rychard. Seit in der Kaczmarek-Affäre ein dubioser polnischer Milliardär als Strohmännchen aufgetaucht ist, geht es nun gegen Geschäftsleute und Reiche, die sich Vorteile erschlichen hätten. Für „die Schwachen“ und „die Gutsituierten“ müsse gleiches Recht gelten, fordert der Präsident.

„Solche Rhetorik stellt Wohlstand unter Generalverdacht. Das ist ein wirkungsvolles Rezept“, glaubt Rychard. Biete es doch den kleinen Leuten, den Ladenbesitzern, den Angestellten in den Kleinstädten – also der PiS-Klientel schlechthin – eine Projektionsfläche für deren Ängste.

Die stärkste Oppositionspartei, die liberale Bürgerplattform unter Führung des intellektuellen Donald Tusk, kann dem Kurs der selbsterklärten Saubermänner wenig entgegensetzen. Sie behauptet, die Brüder hätten – statt den Uklad zu bekämpfen – ihre eigenen Seilschaften geschaffen. Sie hätten die Gewaltenteilung aufgeweicht und damit Polens junge Demokratie beschädigt. Das zielt auf den Premier, der nie den Sprung vom aggressiven Oppositionsführer zum landesweit respektierten Regierungschef geschafft hat. Und der Politik weniger als Kunst des Kompromisses versteht denn als harte Konfrontation.

Dass sich die Bürgerplattform mit Polemik zurückhält, mag damit zusammenhängen, dass sie sich bereits auf eine Koalition mit der PiS einstellt: So flatterhaft die Umfragewerte dieser Tage sind, zeichnet sich doch ein Patt als mögliches Ergebnis ab. Zwar sprach Tusk am Freitag von einer „Kapitulation“ Kaczyńskis, doch ein Bündnis zwischen PiS und Bürgerplattform scheint nicht ausgeschlossen. Das Problem ist nur: Nach den bisherigen Wirren der Kaczyński-Ära werden viele Polen nicht mehr zur Wahlurne gehen, laut Umfragen sollen es mehr als die Hälfte sein.

Auch Jaroslaw Walesa wird um sein Abgeordneten-Mandat kämpfen müssen, in seiner Heimatstadt Danzig. Er macht sich Sorgen um das Lebenswerk seines Vaters: „Wir müssen neue Wege gehen, neue Anreize für die Polen schaffen.“

Welche? Nun, das weiß der Sohn des Ex-Präsidenten noch nicht so genau. Er weiß nur eines: „Dieser Wahlkampf wird sehr schmutzig.“

JAN PUHL

IRAK

# „Die Demokratie verteidigen“

Der frühere Ministerpräsident Ijad Alawi über die künftige Strategie der Bush-Regierung im Zweistromland, die Versäumnisse der Iraker und die Falle des Konfessionalismus

*Der Neurologe Alawi, 62, entstammt einer schiitischen Händlerfamilie. Er führt die säkulare Irakische Liste an und war von 2004 bis 2005 Chef der ersten Interimsregierung nach dem Sturz Saddams Husseins.*



SHWAN MOHAMMED / AFP

**Ex-Premier Alawi**  
„Politisch entrechtet“

**SPIEGEL:** Herr Alawi, diese Woche legt General David Petraeus, der US-Oberbefehlshaber im Irak, dem Kongress seinen Bericht vor. Offenbar will er vorschlagen, die zu Jahresbeginn verstärkten Truppen wieder abzuziehen. Wie lautet Ihr Resümee nach sechs Monaten US-Militäroffensive im Irak?

**Alawi:** Gleich nach deren Beginn hat mich General Petraeus besucht. Ich fragte ihn: „Was macht ihr, wenn diese Offensive vorüber ist? Geht ihr nach Hause?“ Seine Antwort war: „Das ist eure Verantwortung. Wir kommen, um euch Politikern das Feld zu bereiten.“ Es war nie Ziel dieser Truppenaufstockung, ein für alle Mal mit den Sicherheitsproblemen aufzuräumen. Ziel war es, Bedingungen zu schaffen, die es der politischen Klasse des Irak erlauben, eine Versöhnung auf den Weg zu bringen. Ohne die wird es nie Sicherheit geben.

**SPIEGEL:** Was haben Sie – die Politiker – aus dieser Atempause gemacht?

**Alawi:** Wir sind heute weiter denn je von einer nationalen Versöhnung entfernt. Die ethnisch-konfessionellen Säuberungen halten an, vor allem im Zentralirak und in Bagdad. Der Exodus und die Vertreibung

der Iraker haben ein Ausmaß angenommen, das es seit Gründung des modernen Irak in den zwanziger Jahren nicht gegeben hat. Die Beseitigung der Strukturen von Saddams Husseins Baath-Partei ist zur politischen Abrechnung mit Andersdenkenden geworden. Es ist auch keinerlei Lösung für den Umgang mit den früheren Angehörigen der aufgelösten Armee in Sicht: Hunderttausende Soldaten sitzen frustriert zu Hause, ohne Gehalt.

**SPIEGEL:** Andererseits kann die US-Armee auf militärische Erfolge verweisen – in der sunnitischen Provinz Anbar zum

Beispiel, die Präsident Bush vergangene Woche besuchte, oder in Bagdad.

**Alawi:** Das stimmt. Aber gerade weil die USA solche Opfer gebracht haben, gerade weil Petraeus und Botschafter Ryan Crocker guten Willen zeigten, müssen wir die Dinge auch beim Namen nennen: Wir haben es inzwischen mit einer Vielzahl von Krisen zu tun, die weit über den reinen Sicherheitsaspekt hinausgehen. Es wurden ja nicht nur die Mitläufer des Saddam-Regimes politisch kaltgestellt. Dasselbe gilt für die sunnitische Versöhnungsfront, für uns Säkulare, für die Heerscharen, die auf den Prediger Muktada al-Sadr hören, für die Mitglieder der im Südirak verwurzelten Fadila-Partei – also selbst für Millionen religiöser Schiiten. All diese Gruppen sind politisch entrechtet, manche fallen inzwischen übereinander her.

**SPIEGEL:** Sie verlangen, Premierminister Nuri al-Maliki solle zurücktreten. Was aber wird dann?

**Alawi:** Es muss eine neue Regierung gebildet werden, die alle politischen Kräfte bündelt und den Prozess einer nationalen Aussöhnung absichert. Um den in Gang zu setzen, muss eine Generalamnestie erlassen werden, die lediglich Terroristen und schwere Straftäter ausschließt. Sicherheit kann eine irakische Regierung nur herstellen, indem sie die staatlichen Institutionen dem Einfluss der diversen Milizen



**Terroranschlag im schiitischen Kerbela (am 28. August)**  
„Von Versöhnung weit entfernt“



JASON REED / REUTERS

**Präsident Bush, Verteidigungsminister Gates, Außenministerin Rice\***: „Wir kommen, um euch Politikern das Feld zu bereiten“

entzieht und diese auflöst. Allein für die Armee würde das bedeuten, dass man bis zu 40 Prozent der derzeitigen Truppe durch Soldaten und Offiziere der alten Armee und neue Rekruten ersetzen muss. Um Sicherheit herzustellen, braucht man taugliche Instrumente. Also eine Polizei und eine Armee, die dem Staat gegenüber loyal sind – nicht einer einzelnen Konfession oder einem Clan.

**SPIEGEL:** Welche Rolle würde die US-Armee in diesem Szenario spielen?

**Alawi:** Zunächst müsste sie einen solchen Wechsel weiter absichern. Nach und nach aber müssen dann auch die Vereinten Nationen, die G-8-Staaten, der Golf-Kooperationsrat und die Organisation Islamische Konferenz Verantwortung für die Sicherheit im Irak übernehmen. Ich dränge seit langem auf eine solche Internationalisierung, ich habe Briefe an den amerikanischen Präsidenten, den britischen Premier, auch an die Führungen Japans und Deutschlands geschrieben.

**SPIEGEL:** Was haben die Deutschen geantwortet?

**Alawi:** Wir wissen, dass Berlin daran interessiert ist, bei der Stabilisierung des Irak eine Rolle zu spielen. In meiner Zeit als Ministerpräsident hat Deutschland irakische Sicherheitskräfte ausgebildet, und wir haben deutsche Ausrüstung bekommen – Heckler-&-Koch-Pistolen für die Polizei, bezahlt von den Vereinigten Arabischen Emiraten. Deutschland war auch sehr hilfreich dabei, die Rolle der Nato im Irak auszuweiten.

**SPIEGEL:** Nur wenige Staaten werden gewillt sein, Truppen in den Irak zu schicken,

während andere ihre abziehen. Was sonst könnten sie tun?

**Alawi:** Das Engagement anderer Länder beeinflusst extrem das Verhalten unserer Nachbarn, zum Beispiel Irans. Es macht einen großen Unterschied, ob Teheran in seiner Irak-Politik die Augen nur auf die USA richtet, oder ob es auch Deutschland, Japan oder den großen islamischen Nationen gegenüber im Wort steht.

**SPIEGEL:** Wie erklären Sie sich, dass die Bush-Regierung, trotz wachsender Kritik, nach wie vor zu Maliki hält?

**Alawi:** Das müssen Sie Präsident Bush fragen. Dass die gegenwärtige Regierung schwach und schwer angeschlagen ist, wer will das bestreiten? Wobei ich persönlich nichts gegen Nuri al-Maliki habe – doch der Konfessionalismus, der das Land heute im Griff hat, ist von nachhaltigem Schaden.

**SPIEGEL:** Sie selbst möchten Maliki gern ablösen?

**Alawi:** Ich bin nicht bereit, unter einem konfessionellen Regime zu dienen. Wenn wir zu einem umfassenden, klaren Mandat der nationalen Einheit kommen, in dem es keine Rolle spielt, ob jemand Kurde oder Araber ist, Sunnit oder Schiit, stehe ich für jeden Posten zur Verfügung.

**SPIEGEL:** Was könnten Sie Ihren säkularen Anhängern versprechen?

**Alawi:** Wir müssen einen Staat bilden, der in der Lage ist, die Demokratie zu verteidigen. Und in den Institutionen dieses Staates muss für alle Iraker Platz sein: in den Schulen, den Universitäten, in der Ar-

mee, in der Wirtschaft. Aber eine neue Regierung wird zunächst mit Notstandsgesetzen regieren müssen, Gesetzen wohl-gemerkt, denen alle Gruppen zustimmen – nicht wie beim heutigen Anti-Terror-Gesetz, das zur Verfolgung missliebiger Parteien dient.

**SPIEGEL:** Man wirft Ihnen vor, Sie stünden mit den sunnitischen Nachbarstaaten in Kontakt und hätten vor allem deren Agenda im Sinn.

**Alawi:** Ich spreche regelmäßig mit der türkischen Führung – sie ist ein entscheidender Faktor in der Region. Ich treffe mich auch mit Saudi-Arabiens König Abdullah, mit Ägyptens Präsident Mubarak, mit den Herrschern am Golf. Es geht darum, die regionale Balance zu wahren, also den wachsenden Einfluss Irans auszugleichen.

**SPIEGEL:** Wie kommt es, dass Sie im ganzen Nahen Osten als Mann der westlichen Geheimdienste gelten?

**Alawi:** Das bin ich nicht. Als Saddam an der Macht war, haben uns einige Länder geholfen. Ägypten hat uns eine Radio-station betreiben lassen, die Türkei verschaffte uns Zugang nach Kurdistan. Der Präsident des Irakischen Nationalkongresses, Ahmed Tschalabi, hat zugegeben, dass er Geld von der CIA bekam. Aber die Sunniten, wir Säkularen, die Kurden – wir alle waren im Nationalkongress. Nur eines ist heute im Irak nicht mehr opportun: mit Präsident Mubarak oder den Königen von Jordanien und Saudi-Arabien zu reden. Sprich das Wort „Arabismus“ aus, und du wirst beschuldigt, Geheimdienstagent zu sein.

INTERVIEW: BERNHARD ZAND

\* Am 3. September in der irakischen Provinz Anbar.